

Gemeindevorstand vor Ort 25.6.1987

Malsfeld (I). Vor Ort informierte sich der Malsfelder Gemeindevorstand jetzt bei einem Besucher Bad Pyrmonter Mineral- und Heilquellen GmbH. Die Firma will bekanntlich in Malsfeld einen Zweigbetrieb einrichten. Das Firmengebäude wird 170 Meter lang und 70 Meter breit sein und auf den

Bürgermeister Kurt Stöhr berichtete in einem Gespräch mit der HNA über die Ergebnisse des Besuchs in Bad Pyrmonter. Beindruckt von der Größe des dortigen Unternehmens zeigten sich die Mitglieder des Gemeindevorstandes. Wird dort doch auf einer Fläche von rund 700 000 Quadratmetern Mineralwasser und süßer Sprudel produziert und in Flaschen verflutet.

Allerdings soll dies kein Maßstab für den Malsfelder Zweigbetrieb sein, unterstrich Stöhr. Auch die Produktion hier wird nur etwa ein Viertel der Abfüllung im Hauptbetrieb umfassen.

30 000 Flaschen

Die Geschäftsleitung plant die Errichtung einer Anlage in Malsfeld, die 30 000 Flaschen pro Stunde füllen kann. Abgefüllt werden soll nur Mineralwasser. Das Wasser aus Malsfeld ist für den Bad Pyrmonter Betrieb deshalb interessant, weil es im Vergleich zu dem im Hauptbetrieb geförderten Natriumarm ist. Man erhofft sich mit der Erweiterung des Angebots um dieses Wasser auch Diabetiker als Kunden der Bad Pyrmonter Mineral- und Heilquellen gewinnen zu können, erfuhren die Mitglieder des Gemeindevorstandes bei ihrem Gespräch mit der Firmenleitung.

Die Malsfelder Politiker - unter ihnen auch der Vorsitzende des Bauausschusses, Wilhelm Schwarzenau, und Malsfelds Ortsvorsteher Rudolf Lamprecht - hielten sich einen ganzen Tag in dem Unternehmen zur Besichtigung und zu Infor-

mationsgesprächen auf. Aus erster Hand wurden sie in Bad Pyrmonter von Joachim Viethmeyer, Friedrich Wilhelm Viethmeyer als Mitglieder der Geschäftsleitung und dem Leitenden Angestellten Heini Weber über die Pläne des Unternehmens in Malsfeld unterrichtet.

Das Familienunternehmen Viethmeyer ist in Malsfeld bereits gut bekannt. Bereits in den 60er Jahren hatte die Firma in der Fuldagemeinde Quellwasser

sogenannten Niederwiesen an der Industriestraße entstehen. In der jüngsten Sitzung stimmte die Gemeindevertretung mit Mehrheit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Industriegebiet zu, womit von dieser Seite der Weg für den Bau des Abfüllbetriebes geebnet ist.

abgefüllt. Als sich jedoch 1970 eine Betriebsvergrößerung in Pyrmonter anbot und gleichzeitig die Anlagen in Malsfeld überholungsbedürftig waren, zog sich das Unternehmen von der Fulda zurück. Das Grundstück, auf dem jetzt der Neubau geplant ist, befindet sich aus dieser Zeit im Besitz der Firma.

Für ihren neuen Start in Malsfeld werden schon in der kommenden Woche Vorarbeiten geleistet werden. Die Baupläne wurden bereits in Entwürfen

entwickelt, wie Bürgermeister Stöhr berichtete.

Vorgesehen ist eine Produktionszeit von 7 bis 16 Uhr. Es soll kontinuierlich produziert werden, was eine große Lagerfläche erfordert, um für „heiße Tage“ genügend Vorräte auf Abruf bereitzuhalten. Wasser abgefüllt wird allerdings nur von Montag bis Donnerstag. Der Freitag soll Wartungs- und Säuberungsarbeiten an den Geräten vorbehalten werden, so die Planung des Unternehmens.

„Kein Lärm“

Diese Informationen dürften vor allem für die Anlieger des Betriebsgeländes und der Straßen in Richtung B 83 interessant sein, über die die Lastwagen an- und abfahren werden. Umfangreiche Schallschutzmaßnahmen werden nach Auskunft des Bürgermeisters eine Belästigung der Anwohner verhindern und auch für den Straßenlärm zeigte sich Stöhr in dem Gespräch mit der HNA optimistisch, daß sich dieser in ertragbaren Grenzen hält.

Auch für die Kläranlage in Malsfeld erwartet er keine Probleme. Durch die Zufuhr von Sauerstoff könnten die Bakterien leicht zu einer schnelleren Arbeit angeregt werden, so daß die Schmutzstoffe des neuen Betriebes ohne Schwierigkeiten zu verkräften seien. Außerdem habe die Gemeinde bei der Errichtung der neuen Kläranlage vorsorglich einen PH-Wert-Schreiber installieren lassen, so daß niemand schädliche Stoffe in das System einleiten könnte, ohne daß dies bemerkt würde.

SPD-Antrag zur Jugendarbeit

An Ausschüsse verwiesen

Malsfeld (I). Einstimmig an die Ausschüsse verwiesen hat die Malsfelder Gemeindevertretung in ihrer jüngsten Sitzung einen Antrag der SPD-Fraktion zur Jugendarbeit in der Gemeinde. Wichtigste Punkte des Antrages sind die Einstellung eines Jugendpflegers über eine ABM-Stelle und die Bereitstellung von Räumen für „den Versuch selbstverwalteter Jugendzentrenarbeit“, wie es in dem Antrag heißt (wir berichteten).

SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Schwarzenau hatte in der Versammlung betont, daß sich seine Partei „bewegt fühlt, etwas zu tun für unsere Jugend“. Die Jugendlichen aus Malsfeld seien an die Partei her-

angetreten, mit der Bitte, ihnen einen Raum zur Verfügung zu stellen.

Bisher sei die Bushaltestelle Treffpunkt für die Jugendlichen, berichtete Schwarzenau, wie es schon in seiner Jugendzeit gewesen sei, der unterstrich, daß man nicht vorhabe, den örtlichen Vereinen oder der Kirche bei deren Jugendarbeit Konkurrenz zu machen.

„Lassen sie uns dieses Pilotprojekt starten,“ appellierte er an seine Parlamentskollegen. Das Thema wird jetzt in den Ausschüssen beraten werden und in einer der nächsten Gemeindevertretersitzungen wieder auf der Tagesordnung stehen.

Zu: „Gewerbenutzung bereits 1980 vom RP genehmigt“ (HNA v. 4.7.)

Der Sinn der Äußerungen von Herrn Stöhr in diesem Artikel ist es offenbar, bei den Malsfelder Bürgern den Eindruck zu erwecken, daß in der Angelegenheit „Industrieansiedlung der Pyrmonter Firma Viethmeyer“ auf den Niederwiesen rechtlich alles gelaufen sei; berechnete Einsprüche und Äußerungen von Bedenken gegen dieses Projekt seien eigentlich folgenlos, sie können lediglich als Anregungen in den Bebauungsplan mit eingebracht werden.

So eindeutig, wie Herr Stöhr das darstellt, ist die rechtliche Situation keineswegs, und es stimmt nachdenklich, daß Herr Stöhr sich mit seiner Interpretation der Rechtslage zum Anwalt der Firma macht; ein Bürgermeister müßte eigentlich die Interessen aller Bürger im Auge haben und auch kritische Stimmen aus dem Bereich Natur- und Umweltschutz ernst nehmen.

Überprüft man den Artikel genauer, so stößt man immer wieder auf Stellen, die die einseitige Interpretation der Rechtslage zeigen. Es wird beispielsweise geäußert, daß „die Firma ein Eigentumsrecht an dem Gelände habe“. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie damit auch das Recht hat, dort Industriebauwerke hinzusetzen (wie Herr Stöhr hier wohl suggerieren will).

Ein weiterer Punkt, der der Klärung bedarf, sind die Äußerungen von Herrn Stöhr über die rechtliche Verbindlichkeit von Flächennutzungsplänen: Der bereits 1980 abgeschlossene Flächennutzungsplan der Gemeinde Malsfeld hat nicht die Verbindlichkeit, wie sie Herr Stöhr in dem Artikel vom 4.7.

formulierte. Flächennutzungspläne geben nur „Planungsabsichten einer Gemeinde“ wieder, aus denen nicht unbedingt Rechte und Pflichten abgeleitet werden können, – sie sind im gewissen Sinne unverbindlich und können geändert werden.

Hinzu kommt, daß die rechtliche Stellung von solchen „Uraltplänen“, insbesondere von solchen, die vor Inkrafttreten des Hessischen Naturschutzgesetzes von 1981 aufgestellt wurden, heute nicht klar zu sein scheint: Man geht davon aus, daß sich die Vorstellungen in der Gesellschaft, besonders im Bereich des Naturschutzes, inzwischen geändert haben.

Die Anhörung zum Bebauungsplan ist vom Gesetzgeber ernster gemeint, als Herr Stöhr es darzustellen versucht. Außerdem müssen alle Träger öffentlicher Belange angeschrieben werden.

Ich muß hier noch einmal feststellen, daß wir Umweltschützer grundsätzlich der Ansiedlung eines Gewerbebetriebes im Bereich der Gemeinde Malsfeld zustimmen. Allerdings muß ein Standort gefunden werden, bei dem gewährleistet ist, daß weder Mensch noch Umwelt mehr als nötig geschädigt werden.

Geeignete Standorte wären vorhanden, und zwar im gesamten Bereich zwischen Malsfeld und Beiseförth auf der anderen Seite des Bahndamms. Der Transport des Mineral- und Süßwassers wäre ohne Schwierigkeiten möglich, da in diesem Gebiet die Wasserleitungen bereits vorhanden sind.

Konrad Müldner
Vorsitzender des Vereines
für Umwelt und Naturschutz
Bachstraße 3
3509 Malsfeld

Brief an die Redaktion 9.9.1987

Zu: „30 Bürger für ein Ziel“ (HNA vom 5. 9.)

Man glaubt ja, seinen Augen und Ohren nicht zu trauen! Da kommt – meiner Meinung nach aus der Ecke der Niederwiesenzerstö(h)rer – der Vorwurf, die Bürgerinitiative zur Erhaltung der Niederwiesen sei „kommunistisch unterwandert“. Was das auch immer sein soll, mit der Realität hat es wenig zu tun!

Sicher, im achtköpfigen BI-Vorstand sitzt auch eine Kommunistin. Im selben Vorstand sind aber auch zwei Sozialdemokraten. Dann läge doch der Schluß näher, daß die BI „sozialdemokratisch unterwandert“ ist!

Aber solch ein Vorwurf ist ohnehin absurd und hat lediglich den Zweck, die BI in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Vielleicht fällt den Gegnern der BI auch kein besseres Argument ein? Die BI ist ein Zusammenschluß von Bürgern über alle

Parteigrenzen hinweg. Daß auch DKP-Mitglieder mitmachen, ist nur logisch.

Ich habe als Kommunist ebenso wie politisch andersdenkende Mitbürger ein persönliches Interesse an der Erhaltung dieses schönen Fleckchens. Ich gehe mit meinen Kindern dort ebenso gern spazieren wie CDU-Mitglieder. Und warum sollte ein Kommunist durch den Lkw-Verkehr an seiner Straße weniger gestört werden wie auch sein parteiloser Nachbar?

Deshalb unterstütze auch ich die Bürgerinitiative. Und dabei habe ich auch absolut keine Bedenken, mit Mitgliedern anderer Parteien zusammenzuarbeiten! Warum auch? Schließlich ist unser Dorf nicht Eigentum irgendeiner Partei! Wir alle wollen es lebenswert erhalten!

Heinz Schneider
Guthardtstraße 6
3509 Malsfeld

Neuer Bauhof geplant

26.11.1987

Gemeindearbeiter bauen selbst an neuem Domizil

Malsfeld (hro). Auf einem 8600 Quadratmeter großen Grundstück im „Strauchgraben“ soll in diesem und im nächsten Jahr der neue Bauhof der Gemeinde Malsfeld entstehen. Das Parlament hielt sich in seiner einstimmigen Entscheidung an die Empfehlung des Bauausschusses. Der hatte sich unter anderem mit dem Raumbedarf beschäftigt und ermittelt, was die Gemeinde an Bauhof benötigt. Die drei vorgesehenen Bauabschnitte umfassen eine Haupthalle mit der Werkstatt und Sozialräumen, eine Halle mit Stellflächen sowie eine Wohnung für einen Hausmeister, wie der Vorsitzende des Ausschusses, Wilhelm Schwarzenau, erläuterte.

Das mit den Arbeiten möglichst schnell begonnen werden soll, ist bereits in einer Aus-

schreibung der günstigste Anbieter ermittelt worden. Im ersten Bauabschnitt soll diese Firma die Tragkonstruktion und die Überdachung liefern. Die Arbeiter des Bauhofs werden dann an ihrem eigenen Domizil weiterbauen. Im Erdgeschoß diese ersten Komplexes wäre Platz für die Sozialräume, das Büro und die Heizung. Darüber kann Material des Bauhofs gelagert werden.

Die Kosten für den Bauhof belaufen sich voraussichtlich auf 250 000 DM, erläuterte Wilhelm Schwarzenau, wobei für den erwähnten erste Bauabschnitt etwa 80 000 DM ausgegeben werden müesesen. Nicht mitgerechnet sind dabei die Eigenleistungen der Gemeindearbeiter (Fundamente, Hallenausbau einschließlich Installationen und Erschließung).

2.12.1987

Etat mit „Nachschlag“

Malsfeld (hro). Die Ausgaben für das Gemeindehaus Bergstraße 7 und der Bau und die Finanzierung der Abwasseranlagen sorgen für die Eckdaten im Nachtragshaushalt 1987 der Gemeinde Malsfeld, den Bürgermeister Kurt Stöhr den Gemeindevertretern vorlegte. Um 150 000 Mark sind die Mittel für die Mehrzweckeinrichtung (Haus Obser) aufgestockt worden. 60 000 Mark davon sind

nötig, um rechtzeitig zur Einweihung des Gemeindehauses am 16. Dezember die erforderlichen Einrichtungsgegenstände wie Tische, Stühle und Geschirr für 100 Personen anschaffen zu können. Um 90 000 Mark haben sich die Baukosten erhöht, die sich insgesamt auf 640 000 Mark belaufen. Die Gemeinde erhält dazu bekanntlich Zuschüsse aus dem Dorferneuerungsprogramm.

Die ursprünglich im Nachtragshaushalt veranschlagten 250 000 Mark für den Abriß des Hofes Weineck – dort soll ja bekanntlich ein Neubau für die Verwaltung, die Kreissparkasse und die Post entstehen – sind um 200 000 Mark gestrichen worden, weil die Gemeinde in diesem Jahr keine Landesmittel mehr für diesen Zweck erhält. 1988 soll dann aber zügig mit den Arbeiten begonnen werden, erläuterte Bürgermeister Stöhr.

Für den dicksten Brocken im Nachtragshaushalt sorgen die Ausgaben für die Abwasseranlagen. 6,8 Millionen Mark hat die Gemeinde seit 1985 für Kläranlage und Hauptsammler „verbaut“ und ist damit den zeitlichen Vorgaben voraus. Da das Pensum so schnell abgewickelt werden konnte, ist für 1987 ein „Nachschlag“ vorgesehen. Der

Bau des Hauptsammlers von Malsfeld nach Beiseförth ist mit 1,11 Millionen Mark zusätzlich in den Etat aufgenommen worden.

An den finanziellen Kraftakten beteiligt sich das Land mit staatlichen Zuschüssen. Der Bau des Hauptsammlers nach Beiseförth ist mit einer Beihilfe von 713 000 Mark versüßt worden, und zu den 6,8 Millionen gab es gar eine Finanzspritze von 3,77 Millionen Mark.

Nach und nach soll auch die Innerortskanalisation erneuert werden. Im Bereich Steinweg-/Kirchstraße geschieht das in 1987 mit Gesamtbaukosten von 380 000 Mark. Auch dabei ist das Land wiederum mit 167 000 Mark behilflich. Bei den Ausschreibungen hatte sich gezeigt, daß für die Kanalisation im Steinweg 130 000 Mark mehr

ausgegeben werden müssen als ursprünglich geplant.

Die Renovierung der Kirche in Elfershausen und der Orgel läßt sich die Gemeinde 19 000 Mark kosten. Das Kuriosum daran ist, daß nicht die Kirche, sondern die Gemeinde Eigentümerin des Gotteshauses ist und somit für die Unterhaltung aufzukommen hat – mit Unterstützung kirchlicher Stellen versteht sich.

Interessant am Nachtragshaushalt ist auch der Hinweis des Bürgermeisters, daß die Gemeinde seit Sommer dieses Jahres einen zusätzlichen Auszubildenden in der Verwaltung beschäftigt.

Im Kindergarten ist im Turn- und Mehrzweckraum eine 4. Gruppe eingerichtet worden, für die eine zusätzliche Erzieherin benötigt wird.